



Antwort zur Anfrage Nr. 1569/2010 der Stadtratsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
betreffend Fluglärmstudie

Die Anfrage wird wie folgt beantwortet:

Zu 1. Die Forderung nach einer Gesundheitsstudie Fluglärm für das Rhein-Main-Gebiet ist weiterhin ein wichtiges Anliegen der kommunalen Initiativen Zukunft-Rhein-Main(ZRM) und Kommunale Arbeitsgemeinschaft Flughafen Frankfurt/Main (KAG Flughafen).

Um dieses Thema weiter voranzutreiben hat, sich eine Arbeitsgruppe mit Mitgliedern aus ZRM und KAG gebildet, die sich zum Einen um Finanzierungsmodelle bemüht, wobei hier Konsens ist, dass die alleinige Finanzierung einer solchen Studie weder die Aufgabe der Kommunen ist und deren finanzielle Möglichkeiten weit übersteigt. Der Main-Taunus-Kreis hat hierbei die Aufgabe übernommen das finanzielle Potential der Mitglieder der kommunalen Initiativen abzufragen. Zum anderen hat die kommunale Arbeitsgruppe die Aufgabe durch Erarbeitung eines Studiendesign (Auftragnehmer, Qualitätskontrolle, Inhalte etc.) die Erstellung einer Gesundheitsstudie anzustoßen, die die kommunalen Interessen ausreichend berücksichtigt. Die Eckpunkte einer Gesundheitsstudie werden innerhalb der Arbeitsgruppe gemeinsam mit den Akteuren abgestimmt. Die Ausweitung auf den Aspekt der Beeinträchtigung der Kinder und die Erfassung des Status Quo vor dem Ausbau sind Ergebnisse dieser Abstimmung. In den ZRM-Sitzungen wird in regelmäßigen Abständen über den Sachstand aus dieser Arbeitsgruppe informiert.

Zu 2. Die hessischen Landtagsfraktionen der SPD (Anlage 1), Bündnis 90/Die Grünen (Anlage 2) und CDU (Anlage 3) haben gesondert auf die Resolution geantwortet. Die Schreiben der Fraktionen liegen als Anlagen bei.

Mittlerweile hat die hessische Landesregierung eine Anhörung zum Fluglärm am 23. und 24 September beschlossen, in der zu den gesundheitlichen Aspekten von Fluglärm unter anderem Prof. Dr. Greiser und Prof. Dr. Lercher angehört werden sollen.

Zu 3. und zu 5. Fragen der Finanzierung werden, wie in Punkt 1. beschrieben, in der kommunalen Arbeitsgruppe geklärt. Ein abschließender Sachstand liegt noch nicht vor.

Zu 4. Auf Beschluss 0754/2010/1 des Stadtrates vom 05.05.2010 wurde im Juni 2010 die rheinland-pfälzische Landesregierung angeschrieben. Es wurde ausdrücklich auf die gesundheitlichen Auswirkungen des Fluglärms hingewiesen und die Landesregierung wurde aufgefordert, die Stadt Mainz aktiv im Kampf gegen den Fluglärm zu unterstützen. Weiterführende Gespräche unsererseits wurden angeboten.

Mainz, 30.08.2010  
Stadtverwaltung Mainz  
In Vertretung

gez. Reichel

Wolfgang Reichel  
Beigeordneter